Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf „Mehr“ klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (MB/JB/RS)

1. Eurokrise
2. Wolfgang Münchau – Außen hart, innen schwach
3. Bündnist legt Maßnahmenkatalog mit Alternativen zum Steuerabkommen vor
4. Glos und die Liechtenstein-Connection
5. Steinbrück / SPD
6. Hartz-IV
7. Trugbild gesuchter Ingenieur
8. Horst-Schmidt-Kliniken: „Unmenschliche Arbeitshetze“
9. Rente
10. „Mittelfristig mache ich mir keine Sorgen“
11. Zeitungskrise
12. Energiewende zügig und sozial voranbringen” – Antwort auf die INSM
13. Alt-Nazis in der frühen Bundesrepublik Leute, die von früher was verstehen
14. Zu guter Letzt: Angela Merkel ernennt Peer Steinbrück zum CDU-Wahlkampfleiter

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Eurokrise**
   a. **Es wird kalt in Hellas**
   Die griechische Krise schafft eine tief gespaltene Gesellschaft. Die Verlierer wandern aus oder fürchten einen eisigen Winter. Zu den Gewinnern zählen die Faschisten, berichtet Kontext-Autor Fritz Schwab, der sich vor Ort umgesehen hat.
   Quelle: Kontext:Wochenzeitung
   b. **Tafelsilber zum Schleuderpreis**
   Die Regierung möchte die griechische Eisenbahn verkaufen – an einen privaten Investor. So könnten 200 Millionen Euro in die leere Staatskasse fließen, rechnen Optimisten. Die Bahnkunden aber fürchten: „Vor zwei, drei Jahren sind die Fahrkarten teurer geworden. Wenn’s privatisiert wird, werden die wahrscheinlich noch viel teurer.“ Aber die Regierung in Athen

setzt voll auf Privatisierungen. Nicht nur für die Eisenbahn sucht sie einen Investor, sondern auch für die staatliche Lotteriegesellschaft, für Gaswerke und Elektrizitätswerke, für Autobahnen und Wasserwerke, für die Häfen der Touristen-Inseln wie Mykonos oder Zakynthos – vieles steht zum Verkauf in Griechenland, sogar einige Dutzend kleine, unbewohnte Ägäis-Inseln – dort könnten Investoren Hotels bauen und so gleich neue Arbeitsplätze im Tourismus schaffen. Thanàssis Levèntis von der Eisenbahner-Gewerkschaft kämpft für Lokführer Nontas Theodoropoulos und seine Kollegen. Ein privater Investor würde sofort Nebenstrecken stilllegen, Züge verschrotten und Leute entlassen, fürchtet Levèntis. Denn die griechische Eisenbahn ist wenig konkurrenzfähig im Vergleich zu Buslinien und dem Autoverkehr: „Unser Grundproblem ist: Wegen der gebirgigen Landschaft wurde die Eisenbahn nie richtig modernisiert. Wir haben sogar zwei verschiedene Spurweiten im Land: Auf der Halbinsel Peloponnes fahren die Züge auf Gleisen, die nur einen Meter breit sind. Im Norden und in der Mitte Griechenlands aber haben wir die normale, europäische Spurweite. Das ist umständlich. Hinzu kommt, dass die meisten Häfen keinen guten Gleisanschluss haben. Das ist schlecht für den Güterverkehr.“ Die Eisenbahner-Gewerkschaft fordert seit Langem: Der Staat muss investieren und das Bahnnetz auf Vordermann bringen. Wenn der Staat aber die Bahn privatisiert, würde er die Kontrolle über das griechische Schienennetz aufgeben, und die griechische Bahn würde gänzlich aufs Abstellgleis rollen, befürchten die Gewerkschafter. Ministerpräsident Antonis Samaras lässt ein solches Negativ-Szenario nicht gelten. Nein, als Chef der konservativen Nea Demokratia glaubt er an die Privatwirtschaft. Er glaubt daran, dass ein privater Investor die Bahn übernehmen und zu einem modernen Verkehrsunternehmen ausbauen wird. Der Staat habe angesichts der horrenden Schulden eh keinen Spielraum für Investitionen.
Quelle 1: Deutschlandradio
Quelle 2: Deutschlandradio – Podcast

Anmerkung Orlando Pascheit: *Zumindest in der europäischen Eisenbahngeschichte war der Ausbau der Netze ab dem Ende des 19.Jahrhunderts nicht ohne Grund in staatlicher Hand. Kurzfristige Profite sind in einem landesweiten Netzaufbau nicht realisierbar. – Aber generell, warum drängt sich einem immer mehr der Eindruck auf, dass es nur noch darum geht, paradiesische Bedingungen für die Schnäppchenjagd des*

nordeuropäische Kapitals zu schaffen.

c. **Deutschland opfert Europa dem Wahlkampf**
So viel Unehrlichkeit auf einmal gibt es selten in der Politik. Griechenland hat nach Ansicht der Troika alle Auflagen erfüllt, aber Deutschland mauert weiter. Der Hintergrund dieses erbärmlichen Schauspiels ist klar: Die Bundesregierung will unter allen Umständen verhindern, dass noch vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr echtes Geld in die Hand genommen werden muss, um Griechenland zu helfen. Um das zu erreichen, verrät sie ihre eigenen Prinzipien ebenso wie das Vertrauen in Europa. Dass Griechenland trotz der gewaltigen Anstrengungen mehr Zeit braucht, um die Sparziele zu erreichen, ist unbestritten. Und dass das Hinausschieben Geld kostet, ist simple Mathematik. Dennoch bestehen Schäuble und Merkel darauf, dass der Bundeshaushalt nicht belastet werden darf. Selbst eine Zinssenkung für Griechenland hat Deutschland verhindert, weil sie die Einnahmen im Bundeshaushalt unmittelbar verringern würde.
Quelle: TAZ

d. **Die Faulpelz-Lüge**
Die jüngsten Zahlen zeigen: In den Defizitländern spart der Staat, sinken die Löhne und steigt die Produktivität. Werden diese Anstrengungen nicht von der EZB mit billigem Geld unterstützt, war alles umsonst.
Quelle: Basler Zeitung

e. **Frankreich verliert wieder Top-Rating. Zu faul? „Grande Nation“ macht schlapp**
Quelle: BILD

Anstelle einer Anmerkung: *Sehr geehrte Frau Kanzlerin, Ihr letztlich verhängnisvolles Mitmachen beim Griechenland-Bashing (NRW 2010) ist Geschichte. Aber Sie haben heute die Chance, Ähnliches im Falle Frankreichs zu verhindern. Zweifellos hat unser Nachbar Probleme und man kann diese von ganz unterschiedlicher Warte aus beurteilen, aber was die Bildzeitung da macht, ist Diffamierung und Hetze. Eine öffentliche Erklärung Ihrerseits, Kraft der Autorität Ihres Amtes wie auch aufgrund der großen Sympathie, die Sie bei großen Teilen der Bevölkerung genießen, könnte dieser Hetze Einhalt gebieten. Schlagzeilen, die nur Beleidigung im Sinn haben und auf Kosten von Beziehungen zwischen den Völkern gehen, sollten gerade wir Deutschen unterlassen. Der Wert der deutsch-französischen Beziehungen ist nicht nur von hohem ideellem*

Wert, sondern ist ein Fleisch vom Fleische deutschen Schicksals. Es geht um die deutsch-französische Freundschaft, es geht um Deutschland in Europa mit allen politischen und ökonomischen Konsequenzen und es geht um das Selbstverständnis Deutschlands. – Lassen Sie bitte einen Angriff auf das europäische Lebenswerk der Kanzler von Adenauer bis Kohl und ihrer Mitstreiter nicht zu.
Mit freundlichen Grüßen
Orlando Pascheit

2. **Wolfgang Münchau – Außen hart, innen schwach**
Europäische Hardliner in der Geldpolitik agieren oft aus einem reinen Bauchgefühl – sie sind vorsichtiger bei Zinssenkungen als bei Zinserhöhungen. Das ist intellektuell unredlich. Amerikanische Monetaristen sollten ein Vorbild sein. […]
In Deutschland gelten Monetaristen als Hardliner. Auch die amerikanischen Monetaristen waren Hardliner während der inflationären Zeiten der 70er-Jahre. Das Hauptcharakteristikum eines deutschen Monetaristen besteht in einer Asymmetrie im Kopf: Sie sind vorsichtiger bei Zinssenkungen als bei Zinserhöhungen. Amerikanische Monetaristen fordern hingegen eine aggressive geldpolitische Lockerung, wenn die Geldnachfrage sinkt.
Der Monetarismus entstand schließlich als Protestbewegung gegen eine Politik der ruhigen Hand, nämlich der ruhigen Hand der Notenbanken während der Großen Depression.
Quelle: FTD

Passend dazu:

Clemens Fuest, ein typisch deutscher Ökonom, weil realitätsfremd
Clemens Fuest, man mag es kaum glauben, ist tatsächlich Professor an der Universität Oxford – allerdings für Unternehmensbesteuerung und nicht für gesamtwirtschaftliche Fragen. Aber er ist eben auch Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Vielleicht fühlt er sich dadurch bemüßigt und befähigt, sich zur Fiskal- und Wirtschaftspolitik Frankreichs zu äußern. Gruselig die Vorstellung, dass, sollte das Vorhaben des Finanzministers denn tatsächlich umgesetzt werden, den deutschen Sachverständigenrat ein Gutachten für Frankreich erstellen zu lassen, auch Fuest ein Wörtchen mitzureden hätte. Warum das so gruselig ist, zeigt diese Aussage von ihm, die er gestern im Interview mit dem Deutschlandfunk vorbrachte.

Quelle: Wirtschaft und Gesellschaft

3. **Bündnis legt Maßnahmenkatalog mit Alternativen zum Steuerabkommen vor**
   Bund und Länder müssen wirksame Maßnahmen gegen Steuerflucht ergreifen / Forderungskatalog vorgelegt / „Scheitern des Steuerabkommens muss zum Auftakt für konsequentes Vorgehen gegen Steuerflucht werden“
   Quelle: blog steuergerechtigkeit
4. **Glos und die Liechtenstein-Connection**
   Ex-Wirtschaftsminister Glos gerät wegen seiner Nebentätigkeiten in die Kritik. Nach stern-Informationen berät er eine Firma, die mehrheitlich unbekannten Hintermännern in Liechtenstein gehört.
   Quelle: Stern
5. **Steinbrück / SPD**
   a. **Steinbrücks Schattenkabinett steht**
      In der SPD laufen die Planspiele für ein mögliches Regierungsteam unter einem Bundeskanzler Peer Steinbrück auf Hochtouren. p&k zeigt, wer sich Hoffnungen auf einen Ministerposten in einer rot-grünen Koalition machen kann.
      Zwar sieht es laut aktuellen Umfragen nicht gut aus für die SPD. Doch bis zur Bundestagswahl ist noch viel Zeit. Die Sozialdemokraten geben sich jedenfalls zuversichtlich, dass sie dann eine Mehrheit für eine rot-grüne Regierungskoalition erreichen. Sollten FDP und Piraten an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern, würden dafür bereits 45 Prozent der Stimmen reichen. Gesetzt den Fall, die SPD käme auf komfortable 32 bis 34 Prozent der Stimmen und ihr Wunschpartner, die Grünen, auf 14 bis 16 Prozent, könnten die Sozialdemokraten Anspruch auf zwei Drittel der Kabinettsposten erheben. Wie p&k aus gut informierten Kreisen erfuhr, gehören dem Schattenkabinett von Peer Steinbrück folgende Mitglieder an …
      Quelle: Politik & Kommunikation

      Anmerkung MB: *Das ist ja nicht auszuhalten. Bundeswirtschaftsminister Hubertus Heil – hat er wesentlich mehr Kompetenz für das Ressort als der Amtsinhaber? Manuela Schwesig ist wahrscheinlich eine gute Wahl – wenn man sie lässt, wie sie meint. Bundesgesundheitsministerin Nahles würde elegant über den Umweg eines schwierigen Ministeriums, in dem sich jede/r nur unbeliebt machen kann, für alle Zeiten entsorgt werden*

können. Claudia Roth wäre sicher dazu prädestiniert, in exotischen Entwicklungsländern für die nötige Folklore zu sorgen. Bei diversen vorgesehenen Ministerinnen und Ministern fällt mir spontan ein Spruch aus einem Programm von Hagen Rether zum Kabinett Merkel ein: „Das ist so, als würde man am Morgen nochmal in die alte Unterhose von gestern steigen und denken: Einmal geht's vielleicht noch."

b. **Die SPD hat zwei Probleme – Merkel und Steinbrück: Steinbrücks finstere Seite**
Zählt da jemand Probleme ab? Ein Problem sitzt auf jeden Fall auf diesem Bild neben Peer Steinbrück.
Die SPD hat ein Problem, und das heißt Angela Merkel. Denn die Sozialdemokraten müssen, um 2013 eine Chance zu haben, einen glaubwürdigen Lagerwahlkampf in Szene setzen. Falls das Publikum, wie 2009, keinen großen Unterschied erkennt, wird es keinen Machtwechsel geben. Merkel aber versteht es, die SPD an den entscheidenden Punkten wie der Eurokrise einzubinden und ansonsten das meiste in Watte zu packen. Peer Steinbrück hat am Mittwoch im Bundestag angedeutet, wie die SPD dieser Konsensfalle entkommen kann. Mit Angriffslust und Kompetenz. Seine Kritik an Merkels Zickzackkurs in der Energiewende, den die Wähler bislang seltsam gleichmütig hinnehmen, war ein Treffer. Auch dass die Kanzlerin verschleiert, dass die Eurokrise Geld kosten wird, ist richtig. Steinbrücks Drohung, dass die SPD Merkel in der Eurokrise nicht mehr unterstützen wird, geht in die richtige Richtung – zumindest wenn dies mehr als eine rhetorische Übung ist, die SPD den Konsenskurs kündigt und sich doch noch auf die Rolle der Opposition besinnt.
Allerdings hat Steinbrück eine andere, finstere Seite, die das zarte Pflänzchen sozialdemokratischen Selbstbewusstseins zu zerhäckseln droht. Steinbrück hatte mit dem jetzt schon wieder zurückgetretenen Roman Maria Koidl einen Berater geholt, der die windigen Finanzgeschäfte macht, welche die SPD einhegen will. Daraus spricht eine Geringschätzung des politischen Kerngeschäfts und eine große Ferne zur eigenen Partei. Wie in der Honoraraffäre ist Steinbrück unfähig, die Wirkung seiner Entscheidungen einigermaßen solide zu kalkulieren. Das ist eine Instinktlosigkeit, die keinem Mangel an Intelligenz, sondern einem allzu großformatigen Selbstbewusstsein geschuldet ist. Taugt so ein Ego-Shooter, dessen Lernfähigkeit offenbar enge Grenzen hat, als Kanzlerkandidat? Oder sogar als Kanzler? Die SPD hat zwei Probleme:

Merkel und Steinbrück.
Quelle: TAZ

6. **Hartz-IV**
   a. **Mehr als 1 Million Sanktionen**
   Die Presse vermeldet einen Rekord der Bundesagentur für Arbeit. Die Quote der Sanktionen ist 2011 auf mehr als 1 Million gestiegen. Im Spiegel lese ich:
   Eine Sprecherin der Bundesagentur warnte davor, die Zahlen überzubewerten. Die Missbrauchsquote liege bundesweit bei 3,2 Prozent, demnach hielten sich fast 97 Prozent der 4,35 Millionen erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher an die Gesetze.
   Ich lese auch die Kommentare. Darunter etliche, die ich nur als Foren-Trolle sehen kann und stark vermute, dass zumindest einige davon Lohnschreiber sind, die versuchen mit ihrem Pro für die Sanktionen und einer teilweise auch mehr oder weniger offenen Häme die generelle Stimmung der Forenschreiber zu drehen. Was mich verwundert, niemanden scheint aufzufallen, dass die Zahlen, die da vermeldet werden, ganz offensichtlich nicht den geringsten Realitätsbezug haben. Haben sich die Redakteure nun nur vertippt oder einfach einen Artikel völlig unredigiert übernommen? Ich will es genauer wissen und schaue deshalb mal in der FAZ nach, die unter der Schlagzeile „Jugend vorn“ den gleichen Aufhänger bringt. Der Redakteur dieses Artikels schreibt die üblichen Worthülsen, die von Presse und Politik so gerne in Richtung Arbeitslose losgelassen werden. Das ärgert mich und ich schreibe einen Kommentar, den ich direkt an den Redakteur richte:
   Quelle: Flegel-G
   b. **Arbeitsamt: Hartz IV darf „kein Lebensmodell sein“: Höherer Hartz-IV-Satz würde Milliarden kosten**
   420 Euro Hartz IV statt 374 Euro: Die Grünen wollen den Hartz-IV-Satz um rund 50 Euro erhöhen. Nun warnt die Bundesagentur vor zusätzlichen Kosten in Milliardenhöhe – und einer Gesellschaft, die nicht mehr arbeiten will.
   Quelle: Focus

   Anmerkung MB: *Diese oder eine sehr ähnliche Zusammenfassung von ein oder zwei Agenturmeldungen finden wir z.B. auch bei SPIEGEL oder Stern. Aber nur bei der Nachrichtenagentur DAPD kam jemand auf die bizarre Idee, den Schriftsatz „HARTZ IV“ aus Buchstabennudeln*

nachzubilden und bei der Welt sind sie krank genug, um das im Artikel zu zeigen.
Auf die Schlussfolgerung, gezahlte Löhne seien zu niedrig, kommt bei all den zusammengestümperten Agenturmeldungen selbstverständlich niemand. Und dann wundern sie sich früher oder später darüber, dass niemand mehr die Druckerzeugnisse ihrer Verlage kaufen will.

***Ergänzende Anmerkung RS:** Hartz-IV hätte auch kein Geschäftsmodell werden dürfen. Doch viele Unternehmen lassen sich ihre Löhne durch Hartz-IV subventionieren.*

7. **Trugbild gesuchter Ingenieur**
   Wirtschaft und Politik beklagen seit Langem, Deutschland würden die Ingenieure ausgehen. Ein promovierter Chemiker findet hingegen keine Anstellung. Wie passt das zusammen?
   Quelle: PlusMinus

   ***Anmerkung unseres Lesers H.M.:** Nicht neu für NDS-Leser, aber ein für die breite Schicht gut gemachter Beitrag von plusminus … gleichzeitig hat Ursula von der Leyen die Hürden für ausländische Fachkräfte gesenkt, damit billige Kräfte aus dem Ausland kommen …*

   ***Ergänzende Anmerkung MB:** Und Leistung muss sich lohnen, gell …*

8. **Horst-Schmidt-Kliniken: „Unmenschliche Arbeitshetze“**
   Für die Beschäftigten der Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) haben sich nach dem Teilverkauf die schlimmsten Befürchtungen erfüllt. Das Bündnis für eine kommunale HSK listet in einem offenen Brief Missstände in der Klinik auf.
   Quelle: Frankfurter Rundschau
9. **Rente**
   a. **Die Vorsorge-Lüge**
      Interview mit Holger Balodis, Journalist und Rentenexperte
      Auch Durchschnittsverdiener sind im Alter von Armut bedroht, wenn sie sich ausschließlich auf die gesetzliche Rentenversicherung verlassen. Nur wer zusätzlich privat vorsorgt, kann auf ein gutes Auskommen im Alter setzen. Doch die zum Ausgleich für das sinkende Rentenniveau von der rot-grünen Regierung geschaffene Riester-Rente ist wegen der oft hohen Kosten und undurchsichtigen Verträge in Verruf geraten. Oft verdienen vor allem die Versicherungen an den Verträgen.

Quelle: WDR5

b. **Rente mit 67: SPD auf dem Rückzug**
Die SPD rückt von dem Konzept einer Rente mit 67 ab. Künftig solle es möglich sein, nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei in Rente zu gehen und damit früher, als bisher geplant.
Quelle: Frontal21

Anmerkung unserer Leserin N.M.: *In dem Beitrag wird davor gewarnt, dass eine Abkehr von der Rente mit 67 nicht bezahlbar ist, denn, so äußert sich ein Prof. Dr. Franz Ruland (vorgestellt als Rentenexperte,nach 2020 schlägt die Demographie voll zu. Prof. Dr. Franz Ruland war übrigens auch Mitglied der Rürup-Kommission. Obwohl ich die SPD nicht mehr für sehr glaubwürdig halte, habe ich mich doch sehr über diesen Beitrag geärgert, da sehr einseitig über ein sehr komplexes Thema berichtet wird. Sinn des Beitrags ist meiner Meinung nach einzig und allein, dem Zuschauer/Wähler/Arbeitnehmer nach dem altbekannten Muster „Steter Tropfen höhlt den Stein" klar zu machen, dass die Rente mit 67 „alternativlos" ist. Es stellte sich mir allerdings auch die Frage, ob hier nicht auch von einem „unabhängigen" Magazin Wahlkampf betrieben wurde: Für die CDU und gegen die SPD.*

Ergänzende Anmerkung MB: *Und Prof. Ruland ist auch noch Vorsitzender des Sozialbeirats, der die Bundesregierung in Rentenfragen berät.*

10. **„Mittelfristig mache ich mir keine Sorgen"**
Die Anlagezinsen sind auf Rekordtief und die Lebensversicherer suchen händeringend nach Alternativen. Aber wie lange kann das noch gut gehen? boerse.ARD.de sprach mit Philipp Häßler, Versicherungsanalyst bei Equinet.
Quelle: Börse.ARD
11. **Zeitungskrise**
    a. **Die FR: ein Elend**
    Die Frankfurter Rundschau ist pleite. Damit geht eine wechselhafte Geschichte einer einst wichtigen Zeitung zu Ende. Rolf Peter Henkel, lange Jahre FR-Korrespondent in Stuttgart, schreibt, wie er das findet.
    Quelle: Frankfurter Rundschau
    b. **Wolfgang Storz – Zeitungskrise: Das Publikum geht leer aus**
    Was linken Medien fehlt: Harte Recherche, verständliche Sprache und guter Lokaljournalismus. Teil 2 unserer Carta-Serie zur Lage der

oppositionellen Medien. […]
Wolfgang Michal hat meines Erachtens exzellent den Kern des Problems, den Kern des Versagens von linkem Journalismus herausgearbeitet: Der liebt es, sich im Feuilleton und in der Politik in Debatten und mit Meinungen herumzuschlagen, meist mit seinesgleichen; nicht selten in einer so abstrakten Sprache, dass nur Kundige verstehen. Energie und Ehrgeiz fließen in die entsprechenden journalistischen Formen. Die harte Recherche, die verständlich geschriebenen Erklärungen, die Informationen über alles, was neu und wichtig ist – ungeachtet dessen, ob es in das eigene Weltbild passt -, diese Hauptsachen ‚laufen am Rande mit'. Und: Vermittlungs- und Verständigungsarbeit im Sinne des Publikums ist bei Blättern, bei denen linke Journalisten das Sagen haben, meist schwach bis sehr schwach entwickelt. Das Publikum geht leer aus.
Quelle: Carta

12. **Energiewende zügig und sozial voranbringen" – Antwort auf die INSM**
Die sogenannte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH hat uns einen Brief anlässlich der gemeinsamen Plakataktion von Campact und .ausgestrahlt in Bahnhöfen geschickt. Unsere Antwort dokumentieren wir an dieser Stelle.
Quelle: campact

Anmerkung MB: *Die gesamte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hat mit der ursprünglichen Idee der Sozialen Marktwirtschaft wenig zu tun.*

13. **Alt-Nazis in der frühen Bundesrepublik Leute, die von früher was verstehen**
Justiz, Verwaltung, Ministerien – die Nazis waren in der jungen Bundesrepublik überall. So überrascht es nicht, dass sie auch beim Bund der Vertriebenen anfangs einen Großteil der Funktionäre stellten. Spannender als die personellen Kontinuitäten sind aber die sachlichen: Wie stark hat brauner Geist Gesetzgebung und Politik der BRD beeinflusst?
Quelle: Süddeutsche
14. **Zu guter Letzt: Angela Merkel ernennt Peer Steinbrück zum CDU-Wahlkampfleiter**
Berlin (dpo) – Angela Merkel sorgte heute bei einer Pressekonferenz für eine faustdicke Überraschung, als sie kurzerhand ihren Herausforderer Peer Steinbrück zum Wahlkampfleiter der CDU ernannte. Die Bundeskanzlerin zeigte sich überzeugt, dass der SPD-Spitzenkandidat der richtige Mann ist, um ihre sichere Wiederwahl im Jahre 2013 zu garantieren.

Quelle: Der Postillon

Anmerkung MB: *In dieser Satire steckt leider mehr Wahrheit als manche denken.*